FÜRACKER UND DR. REICHHART: NEUE AUFGABEN FÜR FINANZAMT NÖRDLINGEN ERFORDERN MEHR PERSONAL – 36 neue Arbeitsplätze entstehen in Nördlingen // Weitere 3 Arbeitsplätze erhält die Finanzkasse in Krumbach

12. April 2018

Die Heimatstrategie ist ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik. „Wir schaffen sichere Arbeitsplätze und stärken die Infrastruktur des ländlichen Raumes. Wir bringen die Arbeit zu den Menschen, damit diese in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können. Das Konzept sah zunächst 25 neue Arbeitsplätze für Nördlingen durch die Übernahme zusätzlicher Zuständigkeiten vor. Nun kommen weitere 11 Arbeitsplätze hinzu. Das Finanzamt übernimmt ab 1. Juni 2018 die Steuerfälle polnischer Unternehmer mit den Anfangsbuchstaben S bis Z vom Finanzamt Cottbus. Ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Stärkung des Behördenstandorts Nördlingen“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Das Finanzamt erhält damit insgesamt 36 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze. Gleichzeitig wird die Finanzkasse in Krumbach, Landkreis Günzburg, um drei Kräfte aufgestockt, da diese für die kassentechnische Abwicklung der übernehmenden Steuerfälle zuständig ist. „Eine gute Nachricht für den Standort Krumbach“, freut sich Finanz- und Heimatstaatssekretär Dr. Hans Reichhart.

Bayern übernimmt gemeinsam mit dem Land Niedersachsen einen Teil der bislang in Brandenburg erfassten Steuerfälle polnischer Bauunternehmer und ihrer Arbeitnehmer. Im Rahmen der Heimatstrategie war entschieden worden, diese anspruchsvolle Aufgabe dem Finanzamt Nördlingen zuzuweisen. Die organisatorischen Details der Fallabgabe wurden zwischen den drei betroffenen Ländern festgelegt. Durch die Übergabe der Steuerfälle von Brandenburg nach Bayern benötigt das Finanzamt Nördlingen zusätzliches Personal. Der Amtsbezirk des Finanzamts Nördlingen und seiner Außenstelle Donauwörth umfasst das Gebiet des Landkreises Donau-Ries. Rund 260 Mitarbeiter sind derzeit im Finanzamt und der Außenstelle beschäftigt.

Die in 2015 beschlossene Verlagerung von Behörden ist die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Insgesamt sieht das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen“ für den Regierungsbezirk Schwaben 8 Verlagerungsprojekte im Umfang von 238 Arbeitsplätzen und 70 Studienplätzen vor.